

© NZZ am Sonntag; 17.04.2011; Ausgaben-Nr. 16;  SMD schweizer mediendatenbank

Seite 17

Meinungen (me)

Heimliches Parteigeld muss öffentlich werden

Es braucht mehr Transparenz darüber, woher Gelder für Abstimmungen stammen. Zudem soll der Bund die Parteien mitfinanzieren, fordert Hilmar Gernet

Hilmar Gernet

Millionenschwere Medienkampagnen gehören seit einigen Jahren auch zur Schweizer Politik. Im gekauften Raum mit Inseraten und Plakaten, mit Flugblättern oder in Polit-Werbezeitungen für alle Haushalte kämpfen Parteien um den Weg in die Köpfe der Leute. Bei näherer Betrachtung ist es vor allem die SVP – oder treffender ihre Sponsoren und ihr «interessiertes Geld» –, welche diese Instrumente einsetzen kann. Die andern politischen Parteien sind mausarm.

Wer die Kampagnen wirklich zahlt, bleibt der Öffentlichkeit verborgen. Verdächtigungen, Unterstellungen oder Mutmassungen zum Geld in der Politik werden zum «Argument». Das Schweigen der Parteien und ihrer heimlichen Finanzierer zu diesem Problem schadet dem Ansehen der Politik und ihrem Personal, aber auch der Qualität unserer Demokratie. Interessiertes Geld bestimmt wesentlich die politische Agenda der Schweiz. Gewiss, das ist zu einem Teil der Preis für das Milizsystem; aber Heimlichkeiten können nicht länger eine tragende Säule für eine hochentwickelte, aufgeklärte Demokratie sein.

In dieser Situation kann es niemandem in unserem Land wirklich wohl sein: •Nicht den Unternehmen, welche heimlich Geld in die Parteizentralen oder an die Fördervereine der bürgerlichen Parteien zahlen; meistens ohne die Aktionäre zu informieren. •Nicht den bürgerlichen Parteien, die ohne das heimliche Geld aus der Wirtschaft ihre Aufgaben im Staat nicht wahrnehmen könnten. Ihre Mitarbeitenden befinden sich aufgrund dieser Situation in «prekären Arbeitsverhältnissen». •Nicht dem Staat, der sich ein politisches System leistet, für dessen vielbeschworenen Wert er nicht bereit ist, einen angemessenen Preis zu zahlen (Aldisierung der Politik). Die Kosten werden auf (unbekannte) Dritte abgeschoben, die eigene Interessen verfolgen. Die Schadenfolgen für die Qualität unseres sensiblen direktdemokratischen Modells sind gravierend: Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens ins System, Mangel an Partizipation und damit ein potenzielles Legitimations- und Akzeptanzproblem für politische Entscheidungen in der Bevölkerung. •Nicht den Bürgerinnen und Bürgern, die politische Entscheidungen eigentlich informiert treffen müssen und wollen. Dazu gehört auch Transparenz über interessierte Gelder bei Abstimmungen und Wahlen.

Parteien sind in der Schweiz erst seit 1973 ein «Strukturelement des Staates». Der Bericht zur Totalrevision der Bundesverfassung von alt Bundesrat Wahlen empfahl, die Parteienfinanzierung in der Verfassung zu regeln. Schon 1980 wurde die mangelnde Integrationskraft der Parteien in einer nationalrätlichen Grundsatzdebatte zur Regierungspolitik beklagt.

«Sachkundenot», «ökonomische Dürftigkeit» und der «Verlust der Parteipresse» hatte die SVP als Ursachen dafür ausgemacht. Deshalb unterstützte sie eine staatliche Unterstützung der Parteien. Der SVP-Fraktionssprecher, ein Berner, analysierte: Die Partei muss sich für Wahlen und Abstimmungen die nötigen Mittel «von aussen» beschaffen. Er fragte rhetorisch: Wird sie damit nicht abhängig?

Der Bundesrat legte 1988 einen Parteienbericht vor. SVP und SP haben sich in der Debatte für eine staatliche Teilfinanzierung der Parteien ausgesprochen. Die FDP wollte nichts davon wissen und widersetzte sich jeglicher Offenlegung der Parteifinzen. Die CVP beschränkte sich darauf, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Ein Vierteljahrhundert nach dem ersten Parteienbericht muss etwas geschehen, damit nichts passiert. Die Politik hat ihre (Bundes-)Hausaufgaben zu machen. Wenn der Staat einen Teil der Parteienfinanzierung übernimmt und damit zu einem wettbewerblichen Meinungs- und Willensbildungsprozess beiträgt, gilt es ein paar Dinge zu klären. Es ist beispielsweise zu definieren, was eine Partei ist. Denn staatliche Unterstützungsgelder dürften nur einer Partei zugestanden werden, die verfassungskonform und innerparteilich demokratisch organisiert ist und an Wahlen teilnimmt.

Über das Geld der Parteien muss geredet werden. Aus dem unheimlichen Geld der Parteien muss un-heimliches Geld werden. Meine Hoffnung, dass etwas geht, stützt sich nicht auf die Parteien. Sie sind im heutigen Finanzierungsmodell gefesselt und fürchten um ihre Einnahmen. Meine Hoffnung richtet sich an die (noch) heimlichen Partei-Finanzierer.

Die Unternehmen sind interessiert an einer stabilen Schweiz – als Grundlage für ihr erfolgreiches Wirtschaften – und einem glaubwürdigen, in der Bevölkerung legitimierten politischen System. Im wohlverstandenen Eigeninteresse sollen sie transparente Zahlungen an die Parteien leisten können, ohne Angst vor einem Reputationsrisiko. Es ist für Unternehmen nichts Ehrenrühriges, mit eigenen Geldern Parteien zu unterstützen. Im Gegenteil. Unser Milizmodell will diese enge Verbindung zwischen Parteien, Interessenvertretern und der Parlamentspolitik. Wir wollen diese erfolgreiche Art der Realpolitik – aber transparent muss sie sein.

Hilmar Gernet

NZZ am Sonntag (zzs)

Hilmar Gernet, 50, ist als Mitglied der Direktion der Raiffeisen-Bank zuständig für das Ressort Politik und Gesellschaft. Von 1997 bis 2001 war der promovierte Historiker und Journalist Generalsekretär der CVP Schweiz. Gernet sass von 2007 bis 2011 als CVP-Vertreter im Luzerner Kantonsrat.